



Antrag

der Abgeordneten **Christian Klingen, Stefan Löw, Richard Graupner, Christoph Maier, Jan Schiffers** und **Fraktion (AfD)**

Radikalisierung linker Szene sowie der extremistischen Klimaschutz-Bewegung entschieden begegnen!

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, der zunehmenden Radikalisierung sogenannter antifaschistischer Gruppierungen, der linken Szene, von Klimaschutzextremisten und Teilen der Fridays for Future-Bewegung mit konsequenten Maßnahmen entgegenzutreten, wodurch Gefahrenpotenziale und Gewalttaten möglichst frühzeitig ermittelt und entschlossen verhindert werden können.

Dafür sollen insbesondere folgende Punkte berücksichtigt werden:

1. Die Beobachtung von o. g. demokratiefeindlichen und extremistischen Einzelpersonen sowie Vereinen, Bündnissen oder losen Gruppierungen durch die staatlichen Sicherheitsbehörden wird intensiviert und ausgeweitet.
2. Die bisherige empirische Forschungslage zu Präventionsmaßnahmen, Gewaltpotenzial, Radikalisierung, Vorgehensweise und Einflussfaktoren der o. g. Strömungen und Gruppierungen wird erweitert und gefördert.
3. Es werden Bildungs-, Beratungs- und Informationsangebote geschaffen, die durch gezielte Öffentlichkeitsarbeit besonders Jugendliche, aber auch flächendeckend die Allgemeinheit über die Gewaltbereitschaft sowie das ideologiegeleitete demokratiefeindliche Verhalten der o. g. Strömungen und Gruppierungen aufklären.
4. Die Zuständigkeiten sowie der personelle Bestand der Sicherheitsbehörden werden ausgedehnt und ausgebaut. Insbesondere zur Unterstützung der Ermittlungen sowie der Einleitung konsequenter Maßnahmen gegen Internet-Plattformen, die den o. g. demokratiefeindlichen, radikalen oder extremistischen Gruppierungen oder Strömungen jeglichen Raum bieten.
5. Die Ermittlungen indirekter staatlicher Finanzierung von Einrichtungen, die den o. g. demokratiefeindlichen, radikalen oder extremistischen Gruppierungen oder Strömungen jeglichen Raum bieten, werden ausgedehnt.
6. Die staatlich indirekte Finanzierung von Einrichtungen, die den o. g. demokratiefeindlichen, radikalen oder extremistischen Gruppierungen oder Strömungen jeglichen Raum bieten, wird eingestellt.

Begründung:

Der Verfassungsschutz beobachtet in der linksradikalen Szene eine wachsende Gewaltbereitschaft. Zunehmend zeigt sich, dass sich linksradikale Gruppierungen und Einzelpersonen auf kämpferische Auseinandersetzungen mit der Polizei und mit anderen Extremisten vorbereiten. Das Bundesamt für Verfassungsschutz bezeichnete vergangenes Jahr die Öffnung linksextremer Kreise gegenüber der lokalen Kampfsportszene

als „besorgniserregend“. Der Hamburger Verfassungsschutz berichtete sogar von Kampfsportevents innerhalb der Szene, zu denen Teilnehmer aus vielen weiteren europäischen Ländern angereist sind. Die hier erworbenen Kampfsportkenntnisse können vorrangig gegen die Polizei, andere Extremisten oder politisch Andersdenkende eingesetzt werden und stellen eine potenzielle Bedrohung für die freiheitlich demokratische Grundordnung dar.

Linksmotivierte Täter treten i. d. R. durch Sachbeschädigungen, Brand- und Sprengstoffanschläge in Erscheinung. Dieses Anschlagsmuster hat sich hingegen seit geraumer Zeit geändert. Die Täter nehmen mittlerweile Personenschäden wie Körperverletzung billigend in Kauf, um ihre ideologisierten demokratiefeindlichen Ansichten zu vertreten. So kam es von 2018 auf 2019 zu einem Anstieg der Gewalttaten mit linksextremistischem Hintergrund um über 23 Prozent.¹ Der demokratische Grundgedanke ist ihnen dabei fremd, sie lehnen die parlamentarische Demokratie, wie wir sie leben, ab.

Gleichzeitig suchen sie den Schulterschluss mit vermeintlich demokratischen Bündnissen und Initiativen, um u. a. unter dem Deckmantel der Bekämpfung des Rechtsextremismus oder dem Schutz der Umwelt die Definitionshoheit über Meinungsäußerungen zu erlangen. Hierdurch erhoffen sie sich Meinungen politisch Andersdenkender zu diffamieren, auch wenn diese von der grundgesetzlich verankerten Meinungsfreiheit geschützt sind. Außerdem nutzen sie positiv besetzte und anerkannte gesellschaftliche Grundwerte wie Freiheit, Gleichheit oder Solidarität, die sie selbst gänzlich anders definieren als die Mehrheitsgesellschaft, um ihre Ideologie zu propagandieren. Über das Internet und soziale Netzwerke verbreiten sie ihre politischen Ansichten, wodurch sie kostengünstig viele Menschen erreichen, sich vernetzen oder vornehmlich junge Menschen, rekrutieren, mobilisieren und radikalisieren.

Zuletzt versuchten sogenannte Klimaschutz-Aktivistinnen die Bundesregierung durch dutzende Autobahnblockaden, die sie auf Häfen und Flughäfen auszuweiten drohen, zu erpressen. Als vermeintliche „grüne RAF“ greifen sie dabei auf undemokratische Methoden zurück und rufen ihre Anhänger zur Sabotage fossiler Infrastruktur in Deutschland auf. Dieses illegitime Verhalten der Aktivistinnen stellt den Staat in die Pflicht, Straftaten, zur Durchsetzung politischer Ziele, konsequent zu ahnden. Der Berliner Verfassungsschutz hat hierfür bereits den Weg bereitet und linksextremistische Teile des Klimaschutzbündnisses „Ende Gelände“ wegen Gewalt gegen die Polizei und gezielter Diskreditierung von Staatlichkeit unter Beobachtung gestellt.²

Bei einer Demo vor der SPD-Bundeszentrale im Oktober 2021 riefen Fridays for Future-Aktivistinnen die Parole: „Wer hat uns verraten? Sozialdemokraten!“. Diese Schlagworte waren ursprünglich ein kommunistischer Slogan, der von den Nazis übernommen wurde. Derartige Nazi- und Kommunistenrhetorik machen auf die zunehmende Radikalisierung von Fridays for Future aufmerksam. Auch Extremismusforscher sehen eine gezielte Unterwanderung durch Ultralinke, die eine Radikalisierung der Aktionsformen für die sogenannte Umweltbewegung fordern und umsetzen³, weswegen selbst der CDU-Innenexperte Christoph de Vries die Überwachung durch den Verfassungsschutz in Betracht gezogen hatte.⁴

Die linke Szene hat sich in den vergangenen Jahren ein länderübergreifendes Netzwerk aufgebaut, was sich beispielsweise während des G 20 Gipfels in Hamburg sowie in mehreren Anschlägen in Berlin, Leipzig oder den Brandanschlägen von Braunschweig

¹ https://www.bmi.bund.de/SharedDocs/downloads/DE/veroeffentlichungen/2020/pmk-2019.pdf?__blob=publicationFile&v=11

² <https://www.welt.de/politik/deutschland/plus237033263/Radikalere-Protteste-Dann-wendet-sich-die-Mitte-vom-Klimaschutz-ab.html>

³ <https://www.welt.de/politik/deutschland/plus234856610/Linksextremismus-bei-Fridays-For-Future-Die-unuebersehbare-Radikalisierung.html>

⁴ <https://www.bild.de/politik/inland/politik-inland/politiker-kritisieren-radikalisierung-fridays-for-future-bald-fall-fuer-verfassu-78049900.bild.html>

im Januar 2021 zeigte.^{5 6} Aus Informationen der Bundeszentrale für politische Bildung geht hervor, dass es von 2018 auf 2019 einen Anstieg linker Gewalt gegen Amts- und Mandatsträger um 39,6 Prozent gab. Gewaltdelikte gegen diese Personengruppe und damit direkt gegen die freiheitlich demokratische Grundordnung ging in diesem Zeitraum häufiger von links als von rechts aus.

⁵ https://www.focus.de/politik/deutschland/in-braunschweig-brandanschlag-auf-asylbehoerde-ermittler-gehen-von-linksextremistischen-taetern-aus_id_12851969.html

⁶ <https://www.hna.de/welt/niedersachsen-hannover-braunschweig-langenhagen-anschlag-brand-feuer-linksextremismus-goettingen-zr-90163536.html>